

Auf Tuchfühlung mit den Nachbarn

AUSSENPOLITIK Der neue Aussenminister Didier Burkhalter hat die Prioritäten neu gesetzt: «Nachbarländer zuerst» heisst sein Motto. Ausserdem hat er seinem Departement nach der Ära Calmy-Rey eine Entschleunigung verschrieben. Die grösste Baustelle bleibt das Verhältnis zur Europäischen Union.

Die erste Auslandsreise führte Didier Burkhalter im Januar nach Wien. Danach folgten in den ersten drei Monaten im neuen Amt Treffen mit den Aussenministern der anderen drei grossen Nachbarländer sowie im März die Visite in Brüssel. Das spiegelt das Credo des neuen Vorstehers des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wider: Europa und die Nachbarländer zuerst, die Weltpolitik kann warten. Natürlich nicht einfach als Selbstzweck, denn die Beziehungen mindestens zu Berlin und Rom sind durch den Steuer- oder Fluglärmstreit derzeit tatsächlich arg strapaziert. Und Deutschland und Italien sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz.

Nachbarschaft zuerst

Folgerichtig sind die Beziehungen zu den Nachbarländern und der Europäischen Union (EU) ein zentraler Punkt im aussenpolitischen Strategiebericht für die Jahre 2012 bis 2015. Und immerhin seien drei der Nachbarländer auch in der G-8, ergänzte Burkhalter bei der Vorstellung des Berichtes Anfang März und unterstrich damit gleichzeitig die globale Bedeutung nachbarschaftlicher Beziehungen. Auch die Auslandschweizer sowie die Grenzregionen nannte er «zentrale aussenpolitische Prioritäten».

Bei der Entwicklungszusammenarbeit, der Ostzusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Friedensförderung will Burkhalter den Kurs seiner Vorgängerin durchaus fortsetzen. Davon zeugen etwa seine Teilnahme und Statements am Atomgipfel in Südkorea, an der Londoner Somalia-Konferenz oder an der Session des UNO-Menschenrechtsrats in Genf.

Entschleunigung

Gegen innen hat er seinem Departement eine Entschleunigung und Entkrampfung verschrieben. Die neun Jahre unter Micheline Calmy-Rey waren geprägt von einem intransparenten Führungsstil, einem ausufernden Kontrollzwang und einem Hang zur Selbstdarstellung.



Grosser Erklärungsbedarf: Didier Burkhalter am 7. März bei seinem Antrittsbesuch in Berlin mit seinem deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle. Keystone

Das ist bei Burkhalter offensichtlich ganz anders: In Departementskreisen wird das neue Arbeitsklima als angenehm beschrieben. Burkhalters Führungsstil sei ähnlich pragmatisch-unaufgeregt und konstruktiv wie einst jener von Calmy-Reys Vorgänger Joseph Deiss, hört man.

Machbares und Notwendiges

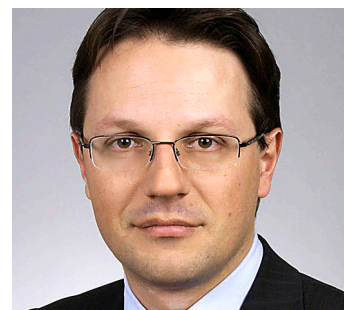
Die inhaltliche Akzentsetzung ist plausibel, der Stil lässt hoffen. Doch am Ende wird auch Burkhalter am Durchhaltewillen und an den Resultaten gemessen, vor allem was das strapazierte Verhältnis zu Brüssel betrifft.

«Die Deblockierung des Europa-Dossiers ist die wichtigste und zugleich schwierigste anstehende Aufgabe der Schweizer Diplomatie», hiess es Ende letzten Jah-

res in einer Analyse des Zentrums für Sicherheitsstudien (CSS) der ETH Zürich. Autor der Studie ist Daniel Möckli. Für den ETH-Strategieexperten ist nach Burkhalters ersten hundert Tagen im Amt zwar positiv, dass er das Europa-Dossier zur strategischen Priorität erklärt habe und dass er Brüssel bald konkrete Vorschläge zu den institutionellen Fragen unterbreiten will. Allerdings: «Von einer Deblockierung ist die Schweiz weit entfernt, weil sich derzeit das innenpolitische Machbare und das aussenpolitische Notwendige nicht vereinbaren lassen.»

Dynamische Anpassung

Beim Besuch von Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Burkhalter vor zwei Wochen in Brüssel sagte



«Das Machbare und das Notwendige lassen sich derzeit nicht vereinbaren.»

Daniel Möckli
ETH-Strategieexperte

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso dezidiert, dass das System der sektoralen bilateralen Verträge die rote Linie erreicht habe. Die EU-Kommission fordert immer lauter eine dynamische, das heisst automatische Anpassung an sich veränderndes EU-Recht.

Für Strategieexperte Möckli ist der bilaterale Weg zwar nicht zu Ende, aber er werde anders aussehen und für die Schweiz weniger Vorteile beinhalten. Denn: «Die EU sieht die Schweiz nicht mehr als bilateralen Partner, sondern als Teilnehmer am Binnenmarkt, der sich denselben Regeln wie die anderen Marktteilnehmer unterwerfen soll. Ob die Schweiz diese Anpassung bilateral oder im EWR-Rahmen vollzieht, ist für Brüssel nicht so wichtig.» Andreas Saurer

NOCH KEINE AKZENTE

«Die Feuertaufe hat Burkhalter noch nicht bestanden»

Reaktionen Die Aussenpolitiker des Parlaments wissen nichts Schlechtes über den neuen Aussenminister Didier Burkhalter zu berichten – aber auch kaum Gutes. Mit anderen Worten bedeutet das: Burkhalter hat bisher noch keine sichtbaren Akzente gesetzt. Andreas Aebi, SVP-Nationalrat (BE) und Präsident der aussenpolitischen Kommission, bescheinigt dem freisinnigen Bundesrat zwar ein «enormes Engagement», und es sei angenehm, mit ihm zusammenzuarbeiten. Doch sogleich relativiert Aebi sein Lob: «Die Feuertaufe hat Didier Burkhalter noch nicht be-

standen.» Bewährungsproben wird der Aussenminister nicht vermeiden können. Anlass dazu wird das EU-Dossier geben – präziser zum Beispiel das Freihandelsabkommen.

Nationalrat Geri Müller (Grüne, AG) findet, dass Burkhalter in der aussenpolitischen Kommission pragmatisch aufträte, offen diskutiere und an anderen Meinungen interessiert sei. Bei der Planung künftiger Abkommen mit der EU habe ihn der Aussenminister überzeugt. Doch auch Müller fügt an: «Er hat bisher noch keine heftige Prüfung bestehen müssen.»

Auch Gerhard Pfister, Zuger CVP-Nationalrat, kann in Burkhalters bisheriger Arbeit als Aussenminister «noch keine wesentlichen Akzente» erkennen. Aber es sei durchaus üblich, dass ein Regierungsmitglied in der Aussenpolitik eine längere Anlaufzeit benötige.

Gerhard Pfister lobt, dass Burkhalter sich bisher medial nicht derart inszenierte wie gelegentlich seine Vorgängerin Micheline Calmy-Rey. Schliesslich hofft er, dass es Didier Burkhalter schafft, die schlechte Stimmung im diplomatischen Korps wieder aufzubessern. ki

In Kürze

PRÄMIENERHÖHUNG EGK-Versicherte wechseln Kasse

Die ausserplanmässige Erhöhung der Krankenkassenprämien der EGK-Gesundheitskasse hat 68 000 Versicherte zu einem Kassenwechsel bewogen. Diese Zahl hat die Krankenkasse aus dem Laufenthal auf ihrer Website veröffentlicht. Zehntausende von Versicherten hatten Ende Februar nicht schlecht gestaunt, als ihnen die EGK eine ausserordentliche Prämienenerhöhung per 1. Mai ankündigte. Betroffen waren 195 000 der 224 000 Versicherten. Wegen des unterschätzten Reservebedarfes soll ihnen die Prämien teilweise saftig erhöht werden. sda

BAHN

Grossprojekte sind auf Kurs

Termine und Kostenprognosen für Eisenbahngrossprojekte in der Schweiz können eingehalten oder gar unterschritten werden. Dies meldete das Bundesamt für Verkehr am Donnerstag. Für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale wird nach wie vor mit Endkosten von 18,7 Milliarden Franken gerechnet. Fortschritte vermeldet das Bundesamt für den Anschluss der Ost- und Westschweiz ans Hochgeschwindigkeitsnetz. Die Lärmsanierung sei auch auf Kurs. sda

WACHSTUM

Bassersdorf übertrifft alle

Die Bevölkerung der Gemeinde Bassersdorf im Glattal ist seit dem Jahr 2000 um 50,2 Prozent gewachsen. Sie verzeichnet laut der Statistik der Schweizer Städte 2012 damit den stärksten Bevölkerungszuwachs aller städtischen Gemeinden der Schweiz (ohne Fusionsgewinne). Auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Genfer Gemeinden Plan-les-Ouates (+46,4 Prozent) und Le Grand-Saconnex (+38,3 Prozent). sda

IV-RENTE

Kriterien bei Fahrenden

Fahrende müssen sich beim Entscheid über eine IV-Rente nicht an den Arbeitsmöglichkeiten für Sesshafte messen lassen. Laut Bundesgericht ist zu berücksichtigen, dass ihnen beim Herumreisen nicht die gleiche Vielfalt an Erwerbstätigkeiten offenstehen. Das Gericht hat in einem konkreten Fall deshalb weitere Abklärungen gefordert. sda

Konsumentenschutz abgeblitzt

CASSIS DE DIJON Bonbons, die in der EU korrekt im Verkehr sind, dürfen auch in der Schweiz verkauft werden. Der Konsumentenschutz hat dagegen keine gerichtliche Handhabe.

Organisationen des Konsumentenschutzes können nicht gerichtlich gegen die schweizerische Zulassung für ausländische Produkte nach dem Cassis-de-Dijon-Prinzip vorgehen. Die Stiftung für Konsumentenschutz ist vor Bundesverwaltungsgericht abgeblitzt.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hatte 2010 einer deutschen Firma die Bewilligung erteilt, ihre nach deutschen Vorschriften hergestellten Sahnebonbons in der Schweiz in

Verkehr zu bringen. Es stützte sich dabei auf das 2010 in der Schweiz gesetzlich verankerte Cassis-de-Dijon-Prinzip. Dieses legt fest, dass Produkte, die in der EU beziehungsweise im EWR korrekt im Verkehr sind, auch in der Schweiz verkauft werden dürfen.

Kein Beschwerderecht

Gegen den BAG-Entscheid gelangte die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ans Bundesverwaltungsgericht, das auf die Beschwerde wegen fehlender Beschwerdelegitimation nun gar nicht eingetreten ist.

Laut Gericht sind Konsumentenschutzorganisationen bei der Wahrnehmung ihrer «Marktüberwachung» nicht auf ein Beschwerderecht als private Dritt-

partei in Cassis-de-Dijon-Verfahren angewiesen. Ihre Funktion bestehe vielmehr darin, an der politischen Diskussion teilzunehmen und den Meinungsbildungsprozess mitzuprägen.

Eine Beschwerdelegitimation von Konsumentenschutzorganisationen würde nur bestehen, wenn ihnen diese von Gesetzes wegen ausdrücklich eingeräumt würde. Das sei aber nicht der Fall.

Schrift zu klein

Die SKS hatte argumentiert, dass beim Bonbon die nach Schweizer Lebensmittelrecht geforderte Schriftgrösse der Produktbezeichnung nicht eingehalten sei. Durch eine zu kleine oder unleserliche Schrift würden grundlegende Interessen der Konsumenten gefährdet, etwa bei den

Informationen über allergisch wirksame Zutaten. Wie die SKS am Donnerstag mitteilte, wird sie den Entscheid nicht ans Bundesgericht weiterziehen. Vielmehr warte sie ab, wie das Parlament über die parlamentarische Initiative von Nationalrat und Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois (FDP, FR) entscheidet.

Diese verlangt, dass Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgeklammert werden.

Andernfalls Vorstoss geplant

Falls Lebensmittel weiterhin unter dieses Prinzip fallen sollten, wollen die SKS und ihre Partnerorganisationen einen politischen Vorstoss initiieren, damit den Konsumentenschutzorganisationen die Beschwerdelegitimation zugesprochen wird. sda

ANZEIGE

1 Woche Fly and Drive CHF 360,-

Top Angebot: Frühling auf Ibiza

Ibiza – der Name steht für Party, Promis und das süsse Leben. Doch auch Naturliebhaber werden begeistert sein: feine Sandstrände, wildromantische Felsbuchten und Kiesabschnitte, die von kristallklarem Wasser umspült werden.

1 Woche inkl. Flug am Samstag ab Bern nach Ibiza mit SkyWork Airlines, Mietwagen Kat. YB ab/bis Flughafen (Basis 2 Personen) sowie Flughafen- und Sicherheitstaxen CHF 360,- pro Person am 28.4.2012.

Anfragen und buchen: 031 720 25 00 oder info@aaretaL-reisen.ch

AaretaL Reisen AG | Südstrasse 81 | 3110 Münsingen | aaretaL-reisen.ch